280556

INTERPELLATION

Urheber	neo - Die sozialliberale Mitte, durch Thomas Matter, Martin Kalbermatter und Melanie Burgener
Gegenstand	KI-Brillen im Konflikt mit dem Datenschutzgesetz
Datum	11/09/2026
Nummer	2026.09.371

Die neueste Generation von KI-gestützten Smart Glasses drängt derzeit mit stark wachsenden Absatzzahlen in den Massenmarkt. Die Geräte sind äusserlich kaum mehr von regulären Korrektur- oder Sonnenbrillen zu unterscheiden und verfügen über permanente Audio- und Bilderkennungsfunktionen mit direkter Cloud-Anbindung.

Die Geschwindigkeit des Technologiesprungs - insbesondere die nahtlose Integration multimodaler KI in alltägliche Wearables - übersteigt die bisherigen Annahmen und Reglemente für tragbare Endgeräte. Die Gefahr heimlicher Echtzeit-Datenverarbeitungen und -Aufnahmen war in dieser Allgegenwärtigkeit und Unsichtbarkeit bei den bisherigen Reglementierungen nicht absehbar.

Es besteht unmittelbarer Schutzbedarf. Sowohl die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger im öffentlichen und administrativen Raum als auch das Kommissionsgeheimnis und die Vertraulichkeit sensibler Behördensitzungen sind exponiert. Ohne zeitnahe Klärung und verbindliche Richtlinien droht ein Rechts- und Kontrollvakuum in Schulen, Gerichten, Amtsstellen und parlamentarischen Gremien.

Die aktuelle Generation von KI-Brillen kombiniert Miniaturkameras, Richtmikrofone und Lautsprecher mit generativen KI-Modellen. Diese analysieren das Blickfeld und Umgebungsgeräusche der tragenden Person in Echtzeit. Bild- und Audiodaten werden dabei vielfach direkt über das Smartphone an internationale Cloud-Server übermittelt.
Was für Anwendende nützliche Assistenzfunktionen (Übersetzungen, Texterkennung, Objekterklärungen) bietet, wirft Rechts- und Datenschutzfragen auf, wie die Verletzung der Privatsphäre im öffentlichen Raum, Gefährdung des Amts- und Kommissionsgeheimnisses sowie der Schutz von öffentlichen Einrichtungen. Dazu fordern wir den Staatsrat auf, folgende Fragestellungen zu klären:

Schlussfolgerung

* Wie beurteilt der Staatsrat das Tragen und den Betrieb von KI-Brillen mit Kamera- und Aufnahmefunktion im öffentlichen Raum aus Sicht des kantonalen Rechts sowie des Persönlichkeits- und Datenschutzes? Sieht er Interventionsmöglichkeiten?
* Welche Regelungen bestehen aktuell für kantonale Gebäude, Gerichte und insbesondere für die nicht-öffentlichen Sitzungen der parlamentarischen Kommissionen sowie der Verwaltung bezüglich smarter Wearables mit Kamera- und Audiofunktionen? Welche Empfehlungen plant der Staatsrat für vertrauliche Sitzungen?

* Gibt es bereits Richtlinien oder Empfehlungen für den Einsatz und das Tragen solcher Geräte an Walliser Schulen, Hochschulen und in Verwaltungsgebäuden mit Publikumsverkehr?
* Sieht der Staatsrat die Notwendigkeit, das kantonale Datenschutzgesetz (KDSG) oder Ausführungsbestimmungen im Bereich der öffentlichen Sicherheit anzupassen, um dem unbemerkten Abgreifen von Bild- und Tondaten durch neue Wearable-Technologien wirksam vorzubeugen?
* Tauscht sich der Kanton Wallis mit anderen Kantonen oder der Konferenz der schweizerischen Datenschutzbeauftragten aus, um einheitliche Standards für den Umgang mit KI-Brillen im öffentlichen Sektor zu etablieren?